

Thomas Schmidinger:

Sudan – Der Staat als Warlord

*Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 50,
Heft 2 (Februar 2005), S. 194–200*

Über den Friedensschluss, den die Regierung in Khartum mit der aufständischen Sudanese People's Liberation Army (SPLA) zu Jahresbeginn geschlossen hat und von dem die Welt hofft, dass ein seit 1983 andauernder Bürgerkrieg damit beendet sein werde, drohen die Kämpfe in anderen Teilen des Landes in Vergessenheit zu geraten. So meint jedenfalls Thomas Schmidinger, Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaften in Wien, Redakteur der Zeitschrift *Context XXI* und Mitarbeiter der im Irak tätigen Hilfsorganisation Wadi. Das betrifft insbesondere die Kämpfe in Darfur, die man besser versteht, wenn als deren Hintergrund die Entwicklungsgeschichte der Krisenregion erläutert wird.

In dieser Region, die bis 1916 ein praktisch unabhängiges Sultanat war, ist der sudanesischer Staat seitdem praktisch nur in seinen repressiven Elementen in Erscheinung getreten. Der Westsudan blieb von nationaler Entwicklung weitgehend abgekoppelt, und auch nach der Unabhängigkeit des Sudan von Großbritannien blieb er ökonomisch vernachlässigt.

Das labile Gleichgewicht im traditionellen Verhältnis zwischen arabisierten Nomaden und nicht-arabisierten Bodenbauern geriet im Laufe der achtziger und neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts aus den Fugen, was sowohl politische als auch ökonomische und ökologische Gründe hat. Die politische Marginalisierung der nicht-arabischen Bodenbauern fand ihre Fortsetzung in ihrer ökonomischen Marginalisierung. Eine missglückte Landreform und Trockenperioden der achtziger und neunziger Jahre haben das ihrige dazu beigetragen und führten zu einem Wettbewerb um die noch vorhandenen Wasserressourcen und schließlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen darüber.

Seit 1986 ließ die Regierung arabische Milizen ausbilden, und seit 1987 gab es Massaker in Darfur. Seitdem gab es mehrere bewaffnete Auseinandersetzungen,

und die berühmt-berüchtigten Janjawid bilden eine quasi-staatliche Todesschwadron staatlich sanktionierter Warlords. Mehrere Widerstandsgruppen haben sich gebildet und stehen im Kampf sowohl mit den arabischen Milizen als auch mit den Regierungstruppen. Es steht zu befürchten, dass die Regierung nach dem Friedensschluss mit den Aufstandsbewegungen im Südsudan sich nun auf die Bekämpfung der nicht-arabisierten Bevölkerung in Darfur konzentriert.

Sollte Khartum die Möglichkeiten des Friedensschlusses nicht umfassend nützen, was auch für Darfur gelten müsste, und sollte es nicht gelingen, den Staat so zu transformieren, dass eine demokratisch legitimierte Regierung auf Prinzipien des Föderalismus aufbaut und ein gleicher Zugang zu den Ressourcen für die verschiedenen Teile des Landes besteht, so könnte der Sudan leicht in einen völligen Auflösungsprozess abgleiten und das Schicksal eines failed states erleiden.

Erich Reiter